

Minijobber in Billiglohnfalle

Kaum Chance auf reguläre Beschäftigung: Paritätischer und Linkspartei fordern sozialversicherungspflichtige Jobs für alle

Von Oliver Rast

Sprungbrett oder Sackgasse? Die Befunde sind eindeutig: Bürgergeldbezieher mit Minijobs bleiben oftmals im Niedriglohnsektor. Ein Sprung in sozialversicherungspflichtige reguläre Beschäftigung gelingt immer weniger Betroffenen. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage hervor, über die *AFP* am Montag berichtete.

Die Zahlen sind brisant: 2017 wurden seitens der Bundesagentur für Arbeit (BA) noch 102.084 Minijobber in sozialversicherungspflichtige Jobs vermittelt. 2025 waren es bis September nur noch 50.831 – hochgerechnet rund 67.775 für das Gesamtjahr. Auch bei Vollzeitstellen zeigt sich der Absturz deutlich: Die Integrationen in den ersten Arbeitsmarkt sanken von 33.953 im Jahr 2017 auf 16.315 bis September 2025, hochgerechnet etwa 21.753.

Besonders drastisch ist der Trend bei der Vermittlungsquote: 2017 gelang 27,1 Prozent der Minijobaufstocker der Übergang in eine reguläre Beschäftigung, 2025 sind es nur noch 18,6 Prozent. Auch bei Vollzeitstellen bricht die Quote ein – von neun auf sechs Prozent.

Das heutige Minijobmodell entstand 2003 im Rahmen der »Hartz-Reformen« unter Kanzler Gerhard Schröder (SPD). Es definiert geringfügige Beschäftigung über eine feste Verdienstgrenze. Seit 2022 ist diese dynamisch an den Mindestlohn gekoppelt und liegt derzeit bei maximal 603 Euro monatlich. Ziel war ursprünglich, »einfache Beschäftigung« zu erleichtern und Bürokratie abzubauen. Minijobs sind für Beschäftigte sozialversicherungsfrei und bleiben strukturell niedrig entlohnt.

Fakt ist: Der Übergang vom Minijob in existenzsichernde Arbeit gelingt immer seltener. Die BA verwaltet Erwerbslosigkeit, statt sie spürbar zu reduzieren. Minijobs verfestigen sich zur prekären Dauerbeschäftigung. Noch gravierender ist ein weiterer Befund: Fast die Hälfte derjenigen, die aus dem Bürgergeld heraus eine Stelle antreten, verliert sie nach kurzer Zeit wieder. Nur 56 Prozent bleiben nach drei Monaten tatsächlich aus dem Leistungsbezug heraus.

Die Behörde aus Nürnberg wies die Kritik auf *Bild*-Nachfrage am Montag zurück – und führt die Entwicklung auf die angespannte Lage am Arbeitsmarkt zurück: Die Chancen auf einen schnellen Ausstieg aus der Erwerbslosigkeit seien so schlecht wie seit Jahren nicht. Nur 5,6 Prozent der Erwerbslosen beenden im Folgemonat ihre Situation ohne Job – ein historischer Tiefstand.

Zurück zum Billiglohnmodell: Selbst die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft hat unlängst vorgeschlagen, Minijobs stark einzuschränken. Künftig sollen von den rund sieben Millionen Minijobbern in Deutschland nur noch Schüler, Studierende und Rentner dieses Instrument nutzen können. Der sogenannte Arbeitnehmerflügel der CDU betont, Minijobs hätten sich weit von ihrer ursprünglichen Idee entfernt. Was einst als unbürokratische Möglichkeit gedacht war, kleine Tätigkeiten legal auszuüben, habe sich zu einem eigenen Arbeitsmarkt entwickelt. »Diese Parallelwelt steht außerhalb der Logik unseres Sozialstaats.«

Das sehen nicht alle so: Holger Schäfer vom kapitalnahen Institut der deutschen Wirtschaft hatte im vergangenen November bereits vor einer Einschränkung oder Abschaffung der Minijobregel gewarnt. Für jene Beschäftigte würde dies schlicht weniger Netto bedeuten. Die Sozialversicherungen würden davon kaum profitieren, da die zusätzlichen Beiträge minimal ausfielen. Zudem dürften Unternehmer schlechter bezahlte Jobs künftig schwerer besetzen können.

Nur, wie rauskommen aus der Billiglohnfalle Minijob? Es brauche mehr Investitionen in die Jobcenter und für Erwerbslose, sagte der Referent für Sozialpolitik beim Paritätischen Gesamtverband, Andreas Aust, am Montag gegenüber *jW*. Sinnvolle Maßnahmen seien »Gesundheitsförderung, mehr Geld für Aus- und Weiterbildung sowie öffentlich geförderte Beschäftigung«.

Pascal Meiser (Die Linke) unterstützt das. »Mit diesen Jobs zweiter Klasse muss endlich Schluss gemacht werden«, so der Sprecher für Arbeitspolitik und Arbeitsrecht seiner Bundestagsfraktion gleichentags zu *jW*. Beschäftigungsverhältnisse müssen voll sozial abgesichert sein – ausnahmslos alle.

<https://www.jungewelt.de/artikel/521683.arbeitsmarktpolitik-minijobber-in-billiglohnfalle.html>